

**Art. 12**

(1) Die Grundsätze für die Wahl zum Landtag gelten auch für die Gemeinden und Gemeindeverbände.

(2) <sup>1</sup>Das Vermögen der Gemeinden und Gemeindeverbände kann unter keinen Umständen zum Staatsvermögen gezogen werden. <sup>2</sup>Die Vergabung solchen Vermögens ist unzulässig.

(3) <sup>1</sup>Die Staatsbürger haben das Recht, Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden und Landkreise durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zu regeln. <sup>2</sup>Das Nähere regelt ein Gesetz.